

Willige Basler können nicht Medizin studieren

Wegen der Zulassungsbeschränkung importiert die Schweiz viele Ärzte aus Deutschland

Von Karin Müller

Basel. In Scharen kommen junge Deutsche als Assistenzärzte in die Schweiz und machen ihre Fachausbildung hier – quasi auf Kosten der Schweizer Steuerzahler. Nach einigen Jahren reist ein Grossteil der Ärzte hoch qualifiziert wieder in die Heimat zurück und verfolgt dort die Karriere weiter.

Ohne deutsche Ärztinnen und Ärzte könnten Schweizer Spitäler schliessen. Dies bestätigt Mario Da Rugna, Leiter Human Resources im Basler Universitätsspital. Dort arbeiten im Schnitt 40 Prozent deutsche Assistenz- und Oberärzte. Bewerber aus der Schweiz habe es schlicht zu wenige.

Dabei gäbe es zahlreiche junge Menschen, die Medizin studieren wollen. Einen Strich durch die Rechnung macht ihnen die aktuelle Zulassungsbeschränkung (Numerus clausus). Für das Studienjahr 2014 hat die medizinische Fakultät Basel 780 Bewerber, die Medizin studieren wollen. Doch nur 130 Studienplätze stehen zur Verfügung.

Man spricht Hochdeutsch

Stattdessen werden Ausländer en masse angestellt. Der Anteil der deutschen Mediziner schwankt im Unispital Basel je nach Disziplin. «In der Radiologie und der Chirurgie haben wir beispielsweise viele Ausländer», so Mario Da Rugna. Auch im Pflegebereich sei man auf Deutsche, insbesondere auf Grenzgänger, angewiesen. Im Clara-Spital beträgt der Anteil an deutschen Kaderärzten 25 Prozent. Bei den Assistenzärzten liegt die Quote bei 42 Prozent. Stephan Ebner, Leiter Zentrale Dienste, findet nicht, dass die deutschen Mediziner auf Kosten der Schweizer Steuerzahler ausgebildet werden. «Im Gegenteil. Die Schweiz importiert in einem hohen Masse bereits ausgebildete Fachkräfte, die Deutschland oder andere Länder ausgebildet haben.»



«Es können nicht hundert Assistenzärzte ums Bett stehen.» So begründet das Bundesamt für Gesundheit die Begrenzung der Plätze. Das Bild stammt aus dem Spital Uznach (SG).

Foto Keystone

Etwas anders präsentiert sich die Situation im Bethesda-Spital. Rund 80 Prozent der angestellten Ärzte sind Schweizer oder Ausländer mit Niederlassungsbewilligung C. Wohl haben sich Patienten daran gewöhnt, dass sie hochdeutsch angesprochen wird. Dennoch fühlen sich viele Menschen bei einer Krankheit wohler, wenn sie von Einheimischen betreut werden.

Engpass am Spitalbett

Bereits seit 1998 empfiehlt die Schweizerische Universitätskonferenz den Kantonen, die den Numerus clausus einführen können, den Zugang zum Studium der Human-, Zahn- und Veterinärmedizin zu beschränken. Der letzte Aufruf dazu erfolgte diesen März. Auf

den ersten Blick unverständlich. Doch die stellvertretende Generalsekretärin Valérie Clerc präzisiert: «Diese Empfehlung wird formuliert, weil es zu viele Anmeldungen für die beschränkte Anzahl Studienplätze gibt. Es würde nichts bringen, mehr Studienplätze anzubieten. Spätestens bei der Ausbildung direkt am Patienten kommt es zu Engpässen. Es können ja nicht hundert Assistenzärzte ums Bett stehen.»

Ein weiterer Knackpunkt sind die Finanzen. Valérie Clerc: «Wäre die Bevölkerung bereit, mehr Steuern zu bezahlen, damit die medizinischen Fakultäten mehr Budget zur Verfügung hätten, um Ärzte auszubilden? Ohne sicher zu sein, dass diese Ärzte dann eine Spezialisierung auswählen in einer Disziplin,

wo es einen Ärztemangel gibt.» Beispielsweise bei den Hausärzten.

Die Kosten für eine Arztausbildung sind unklar. Der Bundesrat bezifferte sie in der Antwort auf eine Interpellation des Zürcher FDP-Ständerats Felix Gutzwiller mit 450 000 Franken (siehe Interview). Dieselbe Ausbildung kostet laut dem deutschen Bundesgesundheitsministerium rund 200 000 Euro.

Weiterbildungskosten abgelten

Daniel Dauwalder vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) relativiert: «Die Ausbildungskosten der Schweiz können nicht 1:1 auf die von Deutschland einwandernden Ärzte übertragen werden, weil zum Beispiel nicht alle deutschen Ärzte, die für ihre Assistenzarzt-Weiter-

bildung in die Schweiz kommen, auch bis zu ihrer Pensionierung in der Schweiz bleiben.» Damit die Spitäler diese Kosten in Zukunft decken können, hat die Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektoren am 3. Juni 2013 ein Abgeltungsmodell in die Vernehmlassung gegeben.

Demnach sollen die Kosten der Weiterbildung der Assistenzärzte inskünftig in einer interkantonalen Vereinbarung geregelt werden. Die Kantone sollen in ihren Leistungsverträgen mit den Spitälern Abgeltungen für die Weiterbildung der Assistenzärzte vorsehen: 24 000 Franken für ein Weiterbildungs-jahr an einem Unispital, 18 000 Franken an einem Zentrums- und 15 000 Franken an einem Regionalspital.

«Es braucht eine vernünftige Balance»

FDP-Ständerat Felix Gutzwiller fordert Kurswechsel

Von Karin Müller

BaZ: Herr Gutzwiller, finden Sie es richtig, wenn wir die Arztausbildung ins Ausland verlagern?



Felix Gutzwiller: Nein, es braucht ganz klar eine Kursänderung. Wir profitieren derzeit enorm von ausländischen Bildungsinvestitionen. Das muss sich ändern. Die Schweiz war

lange Zeit ein Ärzte-Exportland. Gerade in Basel wurden früher weltweit Ärzte ausgebildet. Nun sind wir zum Ärzte-Importland geworden. Es braucht eine vernünftige Balance.

Welchen Preis bezahlen wir dafür?

Wir verlieren an Kultur. Die jungen Schweizer wären sehr an einem Medizinstudium interessiert. Aufgrund des Numerus clausus werden viele jedoch nicht zugelassen. Die ganze Problematik wird in eine finanzielle Frage münden.

Wie meinen Sie das?

Die medizinischen Fakultäten werden von den Kantonen getragen. Das Problem sind in der Tat die notwendigen Gelder, die die Kantone nicht aufbringen können. Darum gibt es nun von parlamentarischer Seite her zahlreiche Vorstösse, dass der Bund zusätzliche Studienplätze mitfinanziert.

Ab 2015 soll laut Bundesamt für Gesundheit die Zahl der Studienplätze von 800 auf 900 erhöht werden. Reicht das?

Die 900 Plätze werden nicht genügen. Es braucht weit mehr Plätze. Der weiterhin wachsende Frauenan-

teil sowie die Erwartungen an die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben der jungen Ärzteschaft im Allgemeinen führen dazu, dass der Anteil der vollzeitlich beschäftigten Ärztinnen und Ärzte sinkt. Gefragt sind deshalb sicher auch neue Arbeitsmodelle.

Wie viele Studienplätze bräuchte es Ihrer Meinung nach?

Das ist schwer zu beziffern. Aktuell würde ich sicher von rund 1300 Plätzen ausgehen.

Thema Kulturwandel: Was bedeutet der Einzug der Deutschen im Klinikalltag im Umgang mit Patienten?

Ich denke, dieser Kulturwandel ist nicht riesig. Immerhin sind es Ärzte, die aus demselben Kulturkreis stammen. Und sie sprechen eine annähernd gleiche Sprache wie wir.

Was kann man auf politischer Ebene unternehmen?

Die Schweiz braucht wieder eine ausgeglichene Eigenproduktion. Interessierte Junge gäbe es viele. Das Thema ist hauptsächlich ein Finanzproblem. Denn die kantonalen Haushalte stehen unter Druck.

Bleiben wir bei den Finanzen: Was kostet die Ausbildung von Ärzten in der Schweiz?

In einer Interpellation, die ich zum Thema vor einiger Zeit einreichte, beantwortete der Bundesrat diese Frage wie folgt: «Müssten ausländische Ärzte in der Schweiz ausgebildet werden, beliefe sich der finanzielle Aufwand für die reine Ausbildung auf rund 1,02 Milliarden Franken; werden auch die Forschungskosten mit einberechnet, beliefe sich der Betrag auf rund 1,9 Milliarden Franken.»

Regierungen wollen 40 neue Studienplätze

Die Parlamente beider Basel entscheiden demnächst

Von Thomas Dähler

Basel/Liestal. Steter Tropfen höhlt den Stein: Die beiden Basel wollen der Forderung nach mehr selber ausgebildeten Ärzten nachgeben. Mit dem Globalbeitrag 2014 bis 2017 für die Universitäten beantragen die beiden Kantonsregierungen dem Basler Grossen Rat und dem Baslerbieter Landrat zusätzliche 40 Ausbildungsplätze pro Jahrgang in der Humanmedizin. Die beiden Parlamente dürften dies kaum verweigern, obwohl die Kantone noch Anfang Jahr gehofft hatten, dass sich der Bund an den Kosten beteiligen würde. Die Universität Basel hatte in ihrem Bericht ursprünglich wegen der ungeklärten Finanzierung auf einen Antrag verzichtet.

Kosten von über zehn Millionen

Die Mehrkosten werden sich auf 1,8 Millionen Franken pro Ausbildungsjahr belaufen. Damit könnten in Basel pro Jahrgang 170 statt 130 Studienplätze angeboten werden. Die Steigerung erfolgt in sechs Schritten von 2014 bis 2019. 40 Studienplätze pro Jahrgang: Das sind bei einer Studiendauer von sechs Jahren 240 zusätzliche Studierende, die insgesamt 10,8 Millionen Franken kosten. Diese Kosten werden jedoch trotz ausbleibenden Bundesgeldern nicht allein von den beiden Basel getragen werden müssen. Erfahrungsgemäss kommen etwa sechs von zehn Studierenden aus anderen Kantonen. Entsprechend kostet die Kapazitätsausweitung die beiden Basel netto ab 2019 etwa 4,3 Millionen Franken jährlich.

Die Regierungen erfüllen mit den zusätzlichen Studienplätzen entsprechende Aufträge aus dem Grossen Rat

und aus dem Landrat. In Basel hatte bereits 2010 Grossrat Rolf von Aarburg (CVP) mehr Studienplätze gefordert, um den Trend zu immer mehr ausländischen Ärzten an den Spitälern zu stoppen. In Liestal hatten sich seit 2010 die Landrätinnen Regina Vogt (FDP) und Caroline Mall (SVP) in mehreren Anläufen für mehr Schweizer Ärzte durch eine Aufhebung des Numerus clausus eingesetzt. Ihre Vorstösse waren abgelehnt oder nur in der Form eines unverbindlichen Postulats überwiesen worden. Erst letzten Monat stimmte der Landrat einer Motion von Mall zu, die mehr Studienplätze verlangt.

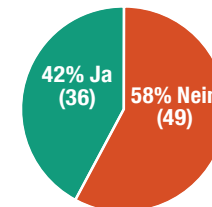
Zürich geht voran

Im Landrat wurde nicht nur die hohe Zahl ausländischer Ärzte angeprangert. Kritisiert wurde auch der fatale Umstand, dass jedes Jahr eine Vielzahl von angehenden Studierenden, die sich um ein Medizinstudium bewerben, abgewiesen werden müssten. «Viele versuchen es dann ein zweites und drittes Mal, bis sie endlich Erfolg haben», sagt Mall. Sie belasteten in den Wartefahren auch unnötig die Kapazitäten anderer Fakultäten.

Vergeblich hatte Regierungsrat Christoph Eymann als Präsident der Schweizerischen Universitätskonferenz eine finanzielle Beteiligung des Bundes verlangt. Trotz negativem Entscheid sei den beiden Basel schliesslich nichts anderes übrig geblieben, als zusätzliche Studienplätze selber zu finanzieren, um als Forschungsstandort der Life-Sciences-Region Basel nicht ins Hintertreffen zu geraten. Begründung: Zürich hat bereits letztes Jahr 60 selber finanzierte neue Studienplätze beschlossen.

Frage des Tages

Das Ergebnis der Frage von gestern: Braucht es die Studie zur Kantonsfusion?



Sollen mehr Mediziner ausgebildet werden?

Der Zugang zum Medizinstudium ist beschränkt, aber Basler Spitäler sind auf Ärzte aus dem Ausland angewiesen. Sollen in der Schweiz mehr Mediziner ausgebildet werden? www.baz.ch

ANZEIGE



Sorgenfrei Wohnen, unbeschwert Leben

Die Seniorenresidenz Südpark bietet Ihnen komfortables Wohnen mit gepflegter Gastronomie und umfassenden Dienstleistungen.

Die 1- bis 3-Zimmer-Wohnungen von Herzog & de Meuron lassen sich individuell einrichten.

Besuchen Sie uns und machen Sie sich Ihr eigenes Bild. Anmeldung: Telefon 061 366 55 55



SÜDPARK
SENIORRESIDENZ

Meret Oppenheim-Strasse 62,
4053 Basel, Telefon 061 366 55 55
www.residenz-suedpark.ch